

Stadtrat will Räumungsaufschub für das Paradisli

Sympathie, aber letztlich kein Erbarmen: der Berner Stadtrat will keine dauerhafte kulturelle Nutzung des Paradisli, sondern neue Luxuswohnungen. Er forderte jedoch am Donnerstag den Gemeinderat auf, die Zwischennutzung bis zum Baubeginn zu verlängern.



Das Paradisli an der Laubeggstrasse / zvg

Das Bauernhaus an der Laubeggstrasse, welches der Stadt gehört, wird seit einigen Jahren vom Verein Kultur- und Naturoase genutzt. Er hat die baufällige Liegenschaft auf eigene Kosten umgebaut und teilweise renoviert. Auf dem Areal Schönbergpark will die Stadt aber insgesamt 12 neue Wohnungen erstellen, zwei davon in der Liegenschaft des Paradisli.

Seit Ende August 2007 liegt die Baubewilligung des Regierungsrats vor. Gegen diese sind derzeit noch mehrere Beschwerden hängig, darunter jene des Vereins. Der Entscheid der kantonalen Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion wird bis im März 2008 erwartet.

Wie die verhärteten Fronten aufweichen?

Der Verein bezweifelt auch die Rechtmässigkeit des am 2. November eingeleiteten Räumungsverfahrens. Seiner Nichtigkeitsklage hat das Obergericht aufschiebende Wirkung erteilt. Bis zum Entscheid in der Sache selbst darf das Paradisli nicht geräumt werden.

Der Verein verlangt eine Verlängerung der Zwischennutzung, bis die Baubewilligung in rechtskräftiger Form vorliegt. Die Stadt dagegen pocht auf ihren Standpunkt und lehnt eine weitere Zwischennutzung ab.

Es gebe keinen Verhandlungsspielraum, bekräftigte Finanzdirektorin Barbara Hayoz am Donnerstag im Rat erneut. Vor Baubeginn seien umfangreiche denkmalpflegerische Vorarbeiten nötig. Zudem gehe die heutige Nutzung klar über die vereinbarten Bedingungen hinaus.

Auch nicht eingehaltene feuerpolizeiliche Gründe sprechen laut Hayoz gegen eine Verlängerung der Zwischennutzung. Der Gemeinderat sei nicht bereit, dem Paradisli entgegenzukommen, weil der Verein kein verlässlicher Vertragspartner sei.

Auch die vorberatende Kommission stellte sich hinter den Gemeinderat und befürwortete weiterhin die Realisierung des Bauprojekts im Schönbergpark. Eine Zustimmung zur Petition würde dem bisherigen Willen des Stadtrats nicht entsprechen. Die Stadt brauche zusätzlichen qualitativ hochstehenden Wohnraum.

Jennis Notausgang

Der Entscheid Wohnen oder Kultur sei längst gefallen, sagte **Corinne Mathieu**. Es gehe nun nur noch darum, die verfahrenere Situation einigermaßen friedlich zu bereinigen. Dazu müssten beide Seiten über ihren Schatten springen.

Schliesslich stimmte der Rat mit 35 zu 20 Stimmen einem Kompromiss-Antrag des Grünen Daniele Jenni zu, mit dem der Gemeinderat aufgefordert wurde, zu prüfen, ob nicht doch eine Verlängerung der Zwischennutzung möglich sei, sofern die feuerpolizeilichen Bedingungen eingehalten würden.

Die mit Paradisli-Aktivisten voll besetzte Zuschauertribüne quittierte den Entscheid mit Applaus. Zum wiederholten Male hatten die Paradisli-Leute vor der Stadtratsitzung am Rand des von der Polizei abgesperrten Rathausplatzes für ihre Sache demonstriert.

«Paradisli» bewegt

Die Debatte zum «Paradisli» war emotional. Nicht wenige Stadträte zeigten im Grundsatz Anerkennung für die Anliegen der jungen Aktivisten.

Auf dem Rathausplatz protestierten Aktivisten und Sympathisantinnen des «Paradisli» friedlich gegen die Räumung des Hauses an der Laubeggstrasse – leise und mit Kerzen. Den Eingang zum Rathaus hatte die Polizei mit Gittern weitgehend abgeriegelt. Den Aktivisten wurde aber erlaubt, ihre Transparente am Treppenaufgang anzubringen. Ungeduldig erwarteten die zahlreichen jungen Zuschauer, viele davon im Teenageralter, auf der Tribüne die Debatte zur Petition «Paradisli bleibt».

In der Diskussion im Stadtrat waren nur wenig neue Argumente zu hören. Gemeinderätin Barbara Hayoz (fdp) bestand in ihrer Antwort auf die dringliche Interpellation der FDP-Fraktion zur «illegalen Zone Paradisli» darauf, dass die befristete Nutzung des Bauernhauses von Anfang an vertraglich festgelegt worden sei. Und die von der GB-JA-Fraktion geforderte Zwischennutzung bis zum Umbau schlug Hayoz weiterhin aus: Am denkmalgeschützten Gebäude seien Vorarbeiten nötig. Der Verein habe sich nicht an den Vertrag gehalten. Und nicht zuletzt führte Hayoz feuerpolizeiliche Einwände an. Daran zweifelten im Stadtrat nur wenige. Doch das Engagement der jungen Menschen vom «Paradisli» fand im Saal Sympathien – viele drückten ihre Anerkennung aus, die Vorschriften müssten jedoch eingehalten werden. Philippe Müller (fdp) richtete einen Wunsch an die Aktivisten: «Legen Sie Ihr Engagement besser an den Tag.»

«Ja, aber» zur Zwischennutzung

Die Zwischennutzung von leer stehenden Gebäuden wurde schnell zum dominierenden Thema. **Corinne Mathieu (sp)** sagte, dass Zwischennutzungen in Anbetracht von illegalen Aktivitäten wie im «Paradisli» immer schwieriger würden. Sie kritisierte beide Seiten und sprach von einem Dialog unter Taubstummen. Dass Zwischennutzungen innerhalb des gesetzlichen Rahmens grundsätzlich sinnvoll seien, bestritten im Stadtrat nur wenige. Auch Ueli Jaisli (svp) hatte das Gespräch mit den Leuten vom «Paradisli» gesucht und plädierte nun für eine einvernehmliche Lösung.

Als der Stadtratspräsident die Sitzung bereits vertagen wollte, forderte Daniele Jenni (gpb): Die Petition «Paradisli bleibt grün» sei zur Kenntnis zu nehmen und dem Begehren für die Zeit bis zum Baubeginn zuzustimmen. «Ja, aber», entgegnete Ueli Stüchelberger (gfl): Die baupolizeilichen Auflagen seien einzuhalten. Jenni stimmte dieser Bedingung zu. Die Forderung von Erich Hess (jsvp), wonach das «Paradisli» sofort zu räumen sei, fand daraufhin kein Gehör. Damit ist das Gezänk um das «Paradisli» alles andere als zu Ende – es geht nur in die nächste Runde.